

Statement von Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes

Pressegespräch am 27. Juni 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Welt und die Wirtschaft brummt. Trotzdem wächst die soziale Ungleichheit – in den unteren Sozialschichten kommt von Wachstum und Reichtum nichts an. Die Einkommensverteilung spreizt sich weiter und die Vermögen konzentrieren sich immer stärker in den Händen weniger. Auch die Europäische Kommission warnt davor, dass hierzulande schon lange nicht mehr alle Gesellschaftsteile gleichermaßen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Selbst der IWF sowie die OECD kritisieren die starke Einkommens- und Vermögensungleichheit, mahnen eine gerechte Steuerpolitik an und warnen dabei vor der Schwächung des wirtschaftlichen Wachstums infolge der gesellschaftlichen Ungleichheit.

Meine Damen und Herren,

die zunehmende soziale Ungleichheit und die Spreizung des Abstandes zwischen Arm und Reich gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn es Alleinerziehenden, Erwerbslosen und Niedrigqualifizierten immer weniger möglich ist, am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben, am gesellschaftlichen Wohlstand zu partizipieren und sozial aufzusteigen, gerät das Vertrauen in das soziale System und die Gesellschaft ins Wanken. Um allen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und Lebenslage – eine gleichberechtigte Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben ohne Unsicherheit und Angst vor dem sozialen Abstieg zu ermöglichen, muss die soziale Infrastruktur ausgebaut und gestärkt werden. Es muss mehr in soziale Strukturen investiert werden, die die Menschen in ihren unterschiedlichen Problemlagen vor sozialer Ausgrenzung schützen und ihnen eine sichere Zukunft bieten. Dazu müssen die Sozialversicherungen wieder in die Lage versetzt werden ihre Schutzfunktion erfüllen: die Arbeitslosen- und Rentenversicherung müssen gestärkt werden, um bei Arbeitslosigkeit und Alter vor Armut zu schützen. Es müssen mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, die Hartz-IV-Regelsätze müssen erhöht werden, um endlich ein Leben in Würde ermöglichen. Es muss mehr in Bildung, von der Kita bis zur Universität, investiert werden, um allen Menschen gute Bildungschancen und damit sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

Während in den letzten Jahren hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und große Vermögen steuerlich weitgehend geschützt wurden, wurden Ausgaben für soziale und öffentliche Leistungen zurückgefahren. Um die Schere in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung zu schließen und um eine weitere Spreizung der Gesellschaft zu verhindern, muss konsequent in der Steuerpolitik umgesteuert werden. Die dazu aktuell in der Diskussion stehenden Vorschläge der großen Parteien sind vom Umfang und der Zielrichtung her zu ambitionslos. Wir brauchen vielmehr eine mutige Steuer- und Finanzpolitik, um den anstehenden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Um einen inklusiven Sozialstaat zu finanzieren, müssen große Erbschaften stärker als bisher besteuert werden. Die Einkommen von Spitzenverdienern müssen durch eine reformierte Einkommensteuer mehr als bisher zur Finanzierung einer Gesellschaft der Chancengleichheit herangezogen werden. Die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer ist dringend geboten, um öffentliche Armut zu bekämpfen, den großen privaten Reichtum Weniger gerechter zu verteilen und soziale Sicherheit für alle zu garantieren.

Der diesjährige Armutskongress steht unter dem Motto: „Umsteuern: Armut stoppen, Zukunft schaffen.“ Es geht darum, konkrete Forderungen an die Politik zu formulieren. Armutsbekämpfung kostet Geld! Wir setzen dabei unseren Schwerpunkt daher auf eine Agenda der steuerpolitischen Umverteilung und nachhaltigen sowie gerechten Armutsbekämpfung.

Pressekontakt:

Der Paritätische Gesamtverband

Janina Trebing

pr@paritaet.org

0173 1925396

www.paritaet.org